

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger u. and. Vertretungen frei 1.20 M., wochentlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen 1.20 M., wochentlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolajstr. 11. Fernruf Nr. 2313, 2314, 2317. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 25 Pf., Restlandes 1. — 24. — außerh. 30 Pf., Restlandes 1.20 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 Pf. pro 1000.

Nummer 134

Donnerstag, 20. März 1919.

73. Jahrgang.

Warum der Kaiser nach Holland ging.

Aus dem Großen Hauptquartier in Kolbera erachtete unter der Überschrift: „Warum der Kaiser nach Holland ging?“ folgende Rundschreibung Hindenburgs an die Öffentlichkeit:

Die öffentliche Meinung beschäftigt sich in letzter Zeit wieder vermehrt mit der Frage, warum der Kaiser nach Holland ging. Um falscher Beurteilung vorzubeugen, bemerke ich zur Sache kurz folgendes:

Am 9. November der Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung des Kaisers ohne dessen vorherige Einverständniserklärung veröffentlichte, war das deutsche Volk nicht geschlagen, aber seine Kräfte waren dahin, während der Feind frische Massen zu weiteren Angriffen bereitstellte. Der Abbruch des Waffenstillstandes stand unmittelbar bevor. In diesem Augenblick brach militärischer Spannung brach in Deutschland die Revolution aus. Die Aufständischen bemächtigten sich im Süden des deutschen Heeres der Rheinbrücken, wichtiger Magazine und Verkehrspunkte. Dadurch wurde die Ausrückung von Munition und Verpflegung gefährdet, während die Verbände der Truppen nur noch für wenige Tage aushielten. Die Clappen- und Ersatztruppen lösten sich auf. Auch über die Zuverlässigkeit des eigentlichen Heeres ließen ungünstige Meldungen ein. Angesichts dieser Lage war eine friedliche Rückkehr des Kaisers in die Heimat nicht mehr denkbar und konnte nur noch an der Spitze treuer Truppen erzwungen werden. Der völlige Zusammenbruch Deutschlands war dann unvermeidlich, hätte sich doch zum Kampf mit dem zweifellos nachdrängenden äußeren Feinde der Bürgerkrieg gesellt. Der Kaiser konnte sich ferner zur lebenden Truppe begeben, um an deren Spitze in einem letzten Ansturm den Tod zu suchen. Auch dadurch wäre der vom Volke heiß ersehene Selbstmord hinausgeschoben und das Leben vieler Soldaten nutzlos geopfert worden. Der Kaiser konnte endlich an Land gehen. Er wählte diesen Weg im Einverständnis mit seinen Ratgebern nach unendlich schweren Beratungen. Er wollte die deutsche Nation nicht im Stich lassen, sondern sie durch die Rettung des Kaisers zu einem neuen Aufbruch ermuntern. Die letzte Niederlage der roten Armee hat ihnen allerdings auch hier einen Strich durch die Rechnung gemacht. Ebenso bilden die Verbände in dem bolschewistischen Heere, die viel zu wünschen übrig lassen, ein erhebliches Hindernis für den beabsichtigten Vormarsch. Ueber diese Tatsachen sind die deutschen Sozialisten völlig unterrichtet, denn eine Abordnung von ihnen, die vor mehreren Wochen Berlin verlassen hat, ist inzwischen in Petersburg eingetroffen. Der ausgesprochene Feind der Petersburger Reise ist dort eine arthaische Propaganda in dem erwünschten Sinne zu treiben. Nach Mitteilungen von verschiedenen Seiten planen die Kommunisten auch in Wien einen ähnlichen Putsch, dem dann auch in anderen österreichischen Städten Unruhen folgen sollen.

Hindenburg.

Spartakus noch munter.

Wie das „Nacht-Abendblatt“ von zuverlässiger Seite erzählt, sind die Spartakisten durch ihre letzten Mißerfolge wieder entmutigt worden, noch ist infolge ihrer Niederlage ein Nachstoß ihrer Bührarbeit zu spüren, im Gegenteil hat der ruhiger denn vorher. Augenblicklich sind sie mit allen Kräften bemüht, die langwierige Verbindung mit den russischen Sowjettruppen herzustellen. Sie wollen diese dadurch erreichen, daß sie die russischen Sowjettruppen zu einem schleunigen Vormarsch auf die deutsche Grenze zu bewegen suchen. Die letzte Niederlage der roten Armee hat ihnen allerdings auch hier einen Strich durch die Rechnung gemacht. Ebenso bilden die Verbände in dem bolschewistischen Heere, die viel zu wünschen übrig lassen, ein erhebliches Hindernis für den beabsichtigten Vormarsch. Ueber diese Tatsachen sind die deutschen Sozialisten völlig unterrichtet, denn eine Abordnung von ihnen, die vor mehreren Wochen Berlin verlassen hat, ist inzwischen in Petersburg eingetroffen. Der ausgesprochene Feind der Petersburger Reise ist dort eine arthaische Propaganda in dem erwünschten Sinne zu treiben. Nach Mitteilungen von verschiedenen Seiten planen die Kommunisten auch in Wien einen ähnlichen Putsch, dem dann auch in anderen österreichischen Städten Unruhen folgen sollen.

Der Spartakusbund erläßt ein Flugblatt, in welchem er erklärt, daß der letzte Generalstreik zu einer Überwindung der politischen Macht noch nicht führen konnte. Der bewaffnete Kampf sei auch nur von Feuten unternommen worden, die dem Spartakusbund fernstehen. Dann heißt es wörtlich: „Wir sind der Meinung, der Zeitpunkt der Machtergreifung durch das Proletariat ist dann gekommen, wenn nicht Berlin oder Leipzig, oder Rheinland-Schlesien abwechselnd streiken, sondern dann, wenn die nächste Etappe gekommen ist: der Generalstreik in ganz Deutschland. Und diesem Ziele sind wir in den nächsten dieser Woche um Meilen näher gekommen.“

Die Spartakisten verbreiteten in Neustadt neue Flugblätter, die die Verlegung des neuen Generalstreiks, der am 20. März beginnen sollte, auf den 8. April ankündigen. Die Flugblätter enthalten die Behauptung, daß diesmal der Generalstreik in ganz Deutschland gleichzeitig einziehen werde und daß er voraussichtlich zum Siege des Kommunismus führen würde.

Der zweite deutsche Rätekongreß.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik ist bekannt: Die vorläufige Tagesordnung des zweiten deutschen Rätekongresses lautet: 1. Bericht des Zentralrates. Referent: A. Reimer. 2. Der Aufbau Deutschlands nach dem Räteprinzip. Referent: Max Cohen. 3. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Referent: Karl Schmidt. 4. Neuwahl des Zentralrates.

Wieviel sind 370 000 Tonnen?

Wieviel sind denn eigentlich 370 000 Tonnen Lebensmittel, vorausgesetzt, daß wir sie wirklich erhalten und auch bezahlen können? Es handelt sich hier um Gewichtstonnen zu 1000 Kilogramm, mithin sind 370 000 Tonnen 370 Millionen Kilogramm oder 740 Millionen Pfund, macht, auf 74 Millionen Menschen berechnet, monatlich 10 Pfund, täglich ein Drittelpfund oder 166 2/3 Gramm Lebensmittel. Nun haben wir zwar nur 65 Millionen Menschen in Deutschland, aber man darf nicht übersehen, daß es außer unzählige Unterernährte und Kranke gibt, die unbedingt höhere Rationen haben müssen, um in absehbarer Zeit wieder auf die Beine zu kommen. Trotzdem wäre ein Zuschuß von 166 2/3 Gramm einweiß- und fetthaltiger Nahrungsmittel recht wertvoll. Aber wie die Dinge liegen, sagt die Berl. Morgenpost: „So sind wir im Not mit unseren Getreidevorräten völlig zu Ende. Eben! dürfte binnen kurzem die Fett- und Fleischversorgung inländischer Herkunft auf ein kaum noch erträgliches Mindestmaß herabsinken, weil eben nichts mehr da ist, was verteilt werden könnte. Wir können also froh sein, wenn durch die ausländischen Zufuhren die gegenwärtigen Rationen bis zu Beginn des neuen Erntejahres aufrecht erhalten werden können. Im ärmlichsten Falle wird es einige kleine Zuschüsse an Kochmehl, Speck und Schweinefleisch geben, auch das Brot wird besser und schmackhafter werden, da hierzu amerikanisches Weizenmehl verwendet wird. Dem steht aber wieder der geringere Sättigungswert des Weizenbrotes gegenüber, das infolge des um das Dreifache höheren ausländischen Getreidepreises noch viel teurer als das jetzige Kriegsbrod sein wird.“

Die Versorgung der besetzten Gebiete.

Nach einer amtlichen deutschen Mitteilung ist über die Belieferung der besetzten Gebiete mit den ausländischen Lebensmitteln in Brüssel folgendes vereinbart worden:

Bezüglich der Versorgung des linken Rheinufer werden die deutschen Behörden von Zeit zu Zeit ihren Verteilungsplan über die Versorgung von ganz Deutschland vorlegen, um festzustellen, ob die Rationen aus den heimischen und importierten Lebensmitteln, die aus diesem Abkommen stammen, annähernd die gleichen sind in den besetzten Gebieten wie im übrigen Deutschland. Die endgültige Entscheidung über die gerechte Verteilung der importierten Lebensmittel zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten soll bei den assoziierten Regierungen liegen. Die eingeführten Mengen, die für die besetzten Gebiete bestimmt sind, sollen an die militärischen Stellen der assoziierten Regierungen in Rotterdam oder in anderen geeigneten Häfen abgeliefert werden und werden von diesen an die deutschen örtlichen Zivilbehörden verteilt.

Wie aus Hamburg gemeldet wird, sind dort bereits etwa fünfzig Dampfer zur Abfahrt in See angesetzt worden. Sie haben die Waren bereits verlassen. Die Instandsetzungsarbeiten der übrigen Schiffe werden eifrig fortgesetzt, um keine Verzögerung der Ausfahrt eintreten zu lassen. Schwierigkeiten bereitet eher noch die Verlorenheit der Schiffe. Vier dänischen Störungen, die der Streik der Bergleute und die Transportverhältnisse verursachen, nach einige Zeit in Erscheinung treten. In der Absicht, die ersten Schiffe der Lebensmitteltransportflotte dänischen Schwierigkeiten mehr erwachsen.

An Lebensmitteln, die Deutschland geliefert werden sollen, liegen zur Stunde in Rotterdam etwa 150 000 Rissen kondensierte Milch und 2000 bis 3000 Tonnen Schweinefleisch. Darunter sind zu verstehen Schweinefleisch, Speck, Schinken, Schmalz usw. Man hofft, daß die ersten Sendungen noch diese Woche Rotterdam verlassen werden. Die anderen Nahrungsmittel aus Frankreich und Amerika sind unterwegs.

Wie wir von ausländischer Seite erfahren, dauerten die Verhandlungen über das Lebensmittelabkommen genau zwei Monate. Die ersten Bezüge, Fett, Schweinefleisch, Produkte und kondensierte Milch, werden namentlich den Säuglingen und Müttern zufließen. Die Verabfolgung der Posten ist bereits in die Wege geleitet worden. Die Lieferung erfolgt sofort nach Bezahlung. Lieferant ist England. Die weitere schon gefassten 235 000 Tonnen Lebensmittel liegen in England, Frankreich und Belgien bereit und werden vermutlich innerhalb 30 Tagen geliefert werden. Der Preis ist etwa eine halbe Milliarde Mark. Außer den weiter monatlich zur Einfuhr bewilligten 370 000 Tonnen Lebensmittel ist noch die Einfuhr von Fischen und Gemüse aus den angrenzenden Ländern gestattet. In Norwegen liegen bereits 100 000 Tonnen Heringe bereit. Der Handel mit den Neutralen wird so rasch wie möglich von den Beschränkungen befreit und der Post- und Telegrammverkehr freigegeben. Mit der Lieferung von Rindfleisch steht es nicht gut aus. Auch fehlt es für den Transport von Geflügel aus geeigneten Schiffen. Auch die Einfuhr von Futtermitteln konnte nicht erreicht werden. Immerhin wird durch die geringe Ausmaßung des Mehlens ein entsprechendes Quantum Mehl gewonnen. Auch hat Frankreichs und Valentines in Aussicht gestellt.

Prozeß gegen den Mörder Jaurès.

Der Prozeß gegen den Mörder Jaurès wird am 24. März vor dem Geschworenengericht des Seine-Departements beginnen. Die Verhandlungen werden ungefähr sechs Tage beanspruchen.

Bürgermeister Hepp †.

Der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hepp, Bürgermeister von Seelbach, ist in seinem Heimatort nach schwerer Krankheit verschieden. Bürgermeister Hepp war Zeit seines Lebens ein eifriges und führendes Mitglied der Nationalliberalen Partei; während der letzten langen Legislaturperiode gehörte er als vom Wahlkreis Seelbach entsandter Abgeordneter dem Deutschen Reichstag an.

Die Personen, die seine Parteifreunde waren und ihm sonst politisch nahestanden, schätzten ihn hoch wegen seiner Arbeitsfreudigkeit und seines sicheren Urteils namentlich in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft galt er als Autorität. Seine persönliche Lebenswürdigkeit, die männliche Festigkeit seines Charakters und seine laute politische Gesinnung sicherten ihm nicht nur im Kreise seiner Freunde, sondern auch seiner politischen Parteigegner ein Andenken voll höchster Achtung.

Deutsche Volkspartei.

Interpellationen in der preussischen Landesversammlung.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in der preussischen Landesversammlung folgende Interpellation Dr. v. Krause und Professor Weidig eingebracht:

1. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Preußens leiden ungemein schwer unter der Zerrüttung unseres Transportwesens. Welche Maßnahmen hat die Regierung unternommen, diese Schwierigkeiten zu beheben?
2. Welche Maßnahmen hat die Regierung ergriffen und gedenkt sie durchzuführen, den schwer leidenden Mittelstand im Handwerk, Gewerbe und Handel zu retten?
3. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu treffen, um den aus dem Kriege zurückgekehrten Angehörigen und Angehörigen der freien Berufe die Wiederaufnahme ihrer bürgerlichen Stellung zu erleichtern?
4. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Regierung zu ergreifen, um die in keinem Geise begründete Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte an der Staats- und Kommunalverwaltung zu beseitigen?
5. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Regierung zu ergreifen, um der Tätigkeit des Handels in unserm Wirtschaftsleben die möglichst weitreichende Freiheit sofort zu geben, um dadurch die in der Güterbeschaffung und Verteilung zurzeit bestehenden Mängel zu beseitigen oder doch wenigstens zu mildern?

Frieden in zwei Wochen?

Neuer meldet: Der Brief Wilsons, Clemenceaus und Orlando an Lord George wurde in Paris unter dem 17. März amtlich veröffentlicht. Er hat folgenden Wortlaut:

„Um zu vermeiden, daß die Welt auf den Frieden länger zu warten braucht, als tatsächlich unvermeidlich ist, scheint es uns dringend notwendig, daß Sie in Paris verbleiben, bis die hauptsächlichsten Fragen, die mit dem Frieden in Zusammenhang stehen, erledigt sind, und wir ersuchen dringend, diesem Wunsch Folge zu geben. Wenn Sie es ermöglichen können, weitere zwei Wochen zu bleiben, so hoffen und glauben wir, daß dieses hochwichtige Ereignis erreicht werden kann. Wir streifen dies mit vollem Verständnis für die dringenden Angelegenheiten, die Sie nach England rufen, und sind uns des Opfers, um das wir Sie ersuchen, lebhaft bewußt.“

Lord George hat beschlossen, Paris vorläufig nicht zu verlassen, um den wichtigen Beratungen über die Friedenskonferenz und den Völkerbund teilzunehmen.

Die Rüstungsbeschränkung.

Genau meldet: Zur Frage der Rüstungsbeschränkungen Deutschlands schreibt das „Journal“, Deutschland werde nur noch Geschütze von 150 Millimeter haben dürfen. Die Verwendung von Tanks und giftigen Gasen ist verboten; Kriegsschiffe sind ebenfalls verboten. Die Sachverständigen sind jedoch dagegen, die großen Manöver zu verbieten mit Rücksicht darauf, daß es schwierig wäre, die Grenze zwischen großen und einfachen Manövern festzusetzen. Ferner darf Deutschland nur sechs Panzerschiffe, fünf Kreuzer, zwölf Zerstörer, sechsundzwanzig Torpedoboote und 5000 Mann Besatzung unterhalten. Die Festungen an den Küsten sollen beschleift werden.

Die Verantwortlichkeitsfrage.

Paris, 18. März. (Genoa. Amst.). Der Ausschuss für die Verantwortlichkeiten beschloß, die Abfassung des Generalberichts einem Redaktionsausschuss zu übertragen, dem Pollak für England, Amelio für Italien und Rolin für Belgien angehören. Der Ausschuss drückte den Wunsch aus, der Bericht möge am Ende der Woche fertiggestellt sein, um ihn noch vor der Versendung an die Mitglieder der Konferenz zu prüfen.

Unter Zwangsverwaltung.

Wie das „Journal officiel“ mitteilt, sind die Besitztümer des deutschen Kaisers in Urville unter Zwangsverwaltung gestellt worden.

Kaiser Karl.

Nach dem „Journal de Genève“ hat sich der schweizerische Bundesrat mit einem Besuch des Kaisers Karl befaßt, der in der Schweiz Aufenthalt nehmen möchte. Das Besondere werde einer wohlwollenden Prüfung unterzogen.

Kurze politische Nachrichten.

Aus der Reichsregierung.

Das Ministerium befaßt sich am Montag mit der Zusammenfassung der Kommissionen für die Friedensdelegation. Die Nachricht, daß es sich längere Zeit mit der angeblichen Kritis Brodtkorff-Rangau beschäftigt habe, trifft nicht zu.

Der „Vorwärts“ bemerkt die Nachricht einiger Berliner Blätter, das Reichskabinett befaßt sich mit der Angelegenheit Brodtkorff-Daase-Breitfeldt. Von einer Brodtkorff-Krise könne keine Rede sein.

Die Beschlüsse der Reichsregierung über die gezielte Festlegung der Befugnisse der Betriebsräte und die Einleitung der Arbeiterräte in die Verfassung sind soweit gediehen, daß dieselben in aller Kürze dem Verfassungsausschuß zur weiteren Behandlung zugeleitet werden.

Erhöhung der Bündholpreise.

Amstich wird gemeldet: Die fortwährende Steigerung der Befugnisse hat es notwendig gemacht, die seit Dezember 1917 bestehenden Höchstpreise inländischer Bündholpreise hinaufzusetzen. Im Kleinhandel beträgt der Preis für das Paket (je 25 Bündeln) jetzt 55 Pfennig, für zwei Bündeln 11 Pfennig.

Der Postverkehr nach dem Osten unterbrochen.

Wie die „Telegraphen-Union“ am 14. März mitteilt, ist infolge Eisenbahnsperrung seit 8 Tagen der gesamte Brief- und Paketverkehr von Berlin nach dem Osten unterbrochen.

Paul Venz als Universitätsprofessor.

Ant „Volksanzeiger“ wurde der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Venz, der Verfasser des Buches „Drei Jahre Weltrevolution“, zum außerordentlichen Professor für soziale und Wirtschaftsgeschichte an der Berliner Universität ernannt.

Eröffnung des Flugdienstes Berlin-Kugsbura-München.

Seit acht Tagen ist der Luftverkehr Berlin-Kugsbura-München eröffnet. Vorläufig werden die Kernlinien nur auf Bestellung ausgeführt. Von Ende März soll der regelmäßige Flugverkehr beginnen, der bis zum täglichen Flugdienst Berlin-Kugsbura-München ausgebaut werden soll. Dabei ist auch die Mitnahme von Post vorgesehen. Die Kosten für den Passagier betragen 250 Mark pro Kilometer. Die Dauer des Fluges Berlin-Kugsbura beträgt vier Stunden, je nach den Witterungsverhältnissen. Nach der „Abendzeitung“ ist der Generaldirektor Rumpfer mit der Konstruktion eines großen Flugzeuges beschäftigt, welches für den Dienst mit Amerika bestimmt sein soll.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 20. März.

Städtisches Notgeld. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Einlösung für die städtischen Notgeldscheine von 50, 20, 10 und 5 Mark mit dem 31. März abläuft.

Vohnfragen im Fuhrwesen. Das Sekretariat des Fuhr-, Fuhr- und Transportarbeiter-Verbandes schreibt uns: Die lokalen Eindrücke der Neuzeit erfahren immer weitere Kreise. Auch die hiesigen Fuhrer (Remisekutscher), beschäftigt sich seit einigen Wochen mit der Frage, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen den Zeitverhältnissen etwas anzupassen. Durch den Zentralverband Fuhr-, Fuhr- und Transportarbeiter haben sie an die hiesigen Vohnkutscher eine Eingabe gerichtet, in welcher Vorschläge zu einer Regelung dieser Fragen auf vollständiger neuer Grundlage gemacht werden. Diese Vorschläge der Kutscher können vom führenden Publikum nur anerkannt werden. Waren doch die alten Entlohnungsmethoden eine Qual sowohl für den Fuhrer als auch für den Kutscher. Bis jetzt werden noch Monatslöhne von 90–100 Mark bezahlt. Dabei haben die Kutscher keine geregelte Arbeitszeit, sondern müssen oft morgens um 5 Uhr schon in den Stall und abends nach dem Theater müssen sie die Fuhrer noch nach Hause fahren. Sie müssen also bis zu 18 Stunden im Dienst sein. Von dem Lohn müssen noch in manchen Geschäftigen Wagenleihen und Wägen, sowie Kartätschen und sonstige Bedarfsartikel angelassen werden. Viele Fuhrer haben oft keine Abkennung von diesen Verhältnissen und suchen deshalb die Gründe für unfreundliches Verhalten der Kutscher, das in der Regel dann zu beobachten ist, wenn das Trinkgeld etwas schmal ausfällt, ist, wo anders. Man weiß meistens nicht, daß das sogenannte Trinkgeld hier im vollen Sinne des Wortes, einen sehr erheblichen Teil des Lohnes, ja den überwiegenden Teil, darstellt. Das dieses Mißverhältnis recht bald beseitigt wird, liegt im Interesse beider Teile. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Fuhrer den Vorschlägen der Kutscher volles Verständnis entgegenbringen möchten.

Reichsregierung und Erbschaften. Am 3. Februar 1919 hat, wie aus der Betriebsgemeinschaft kaufmännischer Verbände (BKV — Sedanplatz 3) schreibt, die Reichsregierung eine Verordnung erlassen, die von weittragender Bedeutung für die kaufmännischen Angehörigen ist. Nach § 518 der Reichs-Verordnungsordnung können die gesetzlichen Erbschaften zur Abfindung von 4% des Arbeitsvertrags für die bei den Erbschaften verstorbenen Angehörigen an die Erbschaften verpflichtet werden. Diese Bestimmung soll im Falle kommen. Das bedeutet, daß die gesetzlichen Erbschaften in Zukunft ohne jedwede Gegenleistung die Beitragsanteile der Arbeitgeber auch für die Angehörigen einziehen können. Die garnicht bei ihnen versichert sind. Derin liegt eine ungeheure Schädigung der Handlungsgesellschaften, die über eigene Erbschaften mit verhältnismäßig niedrigen Beiträgen bei hohen Leistungen verfügen. Die erwähnte Realisationsverordnung wird den Erbschaften das Weiterbestehen nicht nur erschweren, sondern geradezu unmöglich machen. Ueber die großen Schädigungen, der 250 000 in kaufmännischen Erbschaften Versicherte ausgeliefert werden, ist die Realisation ohne weiteres hinweggegangen. Im Gegensatz zu der von ihr sonst im allgemeinen beachteten Geflorenheit hat sie vor Erlass der neuen Bestimmung, die von so einschneidender und weittragender Bedeutung ist, die beteiligten Kreise nicht gehört. Der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angehörigenverbände, hinter dem über eine halbe Million Angehörige stehen, hat in einer Eingabe an die Nationalversammlung die Stimmung der Handlungsgesellschaften zum Ausdruck gebracht und die Nationalversammlung gebeten, die Reichsregierung zur Aufhebung der die Erbschaften bedrohenden Bestimmungen zu veranlassen.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Kurhaus. Morgen Freitag fällt wegen des abends 6 Uhr stattfindenden Jullus-Konzertes das Nachmittags-Abonnementkonzert aus.

Deutsches Turnen.

Deutsche Turnzeitung für den Mittelrhein-Kreis. Die Turner und Turnerinnen des Mittelrhein-Kreises werden sich freuen, zu erfahren, daß vom 1. April d. J. ab die „Turn-Zeitung für den 9. Kreis (Mittelrhein)“ in Bingen a. Rh. wieder erscheint. Die Zeitung kann, wie immer, auf der Post bestellt werden.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Fo. Alzen, 19. März. Erwählte Kammerin. Eine Gierausländerin von einem Nachbarort wurde von der Gendarmerie einer Revision unterzogen, wobei ihr 12 Pfund Butter und über 120 Eier (Kamlerware) abgenommen wurden.

z. Wirmasens, 19. März. Kindesmord. In der Feuerung eines Wäschstells wurde hier in der Bahnhofstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Die Mutter des Kindes, die 21jährige Dienstmagd Anna Völter, ist flüchtig.

Gericht und Rechtspredung.

Fo. Ungefahr vor Gericht. Der Schlichter Ferdinand Völter weigerte sich, seinem entlassenen Weissen die Anwaltskanzlei auszubändigen, so daß diese durch die Vollstreckung gezwungen wurde, ihn zu belästigen. Er bekam daher einen Strafgeißel über 3 M., gegen den er Einspruch erhob, den das Schöffengericht jedoch verworfen. V., der sehr unausdauerliche Reden führte, über preussische Mißwirtschaft, die Kaufleute im Schützengraben schimpfte, die allein an unserm Glend schuld seien, den Krieg einen Spitzbubenstreich nannte, sollte in eine Geldstrafe wegen Ungebühr genommen werden. Das Gericht sah nochmals von einer solchen ab; der Vorsitzende Freiherr v. Stein aber sprach sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß es „solche Deutsche“ gäbe.

Vermischtes.

Der Heerwurm. Noch heute in unserer so völlig aufgefälschten und allem Ansehen nach abgewandten Zeit ist der Heerwurm tief im Volksbewusstsein eingewurzelt. Wie sehr verbreitet manche abergläubischen Vorstellungen sind, beweist die Erscheinung des Heerwurmes. Dieses grauenhafte Schreckensbild gilt regelmäßig als der Vorbote von Krieg. Nicht doch dieser ungeheuerliche Dämon, wie alle, die ihn gesehen haben, vielstündig behaupten, nach Pulver. Manchmal wird sein Erscheinen auch als der Vorbote von Mitternacht und Hungersnot angesehen. Die ersten Heerwurmsagen — denn nur die Phantasie hat aus einer Unzahl kleiner Maden ein einzelnes Drachentier geschaffen — wurden in Deutschland vor mehr als 300 Jahren beobachtet. Der erste ausführliche Bericht datiert aus dem Jahre 1603 und kam aus Schießen. Bald wurden solche Risse auch in Sachsen, Thüringen und Hannover beobachtet. Erst viel später gelang es, biologische Erklärungen für den Heerwurm, oder, wie er auch genannt wurde, den Drachentier, den Heerwurm, die Kröschelange zu finden. Der Heerwurm besteht, wie die Zeitschrift „Natur“ ihn beschreibt, aus einer Unmenge von kaum 1 Zentimeter langen, spindelförmigen, weißen Maden. Der Körper ist alsbaldig, die hohlen, flebrigen Maden sind durch eine schleimige Masse zäh miteinander verbunden und bewegen sich mühsam fort. Die Anhäufung der Maden ist so massenhaft, daß sie einen mehrere Meter langen, etwa handbreiten Haufen bilden. Autlos gleitet dieses schleimige Band über den Waldboden, überwindet kleine Bodenerhebungen und schliefelt sich, wenn es gewaltsam geteilt wurde, wieder in sich zusammen. Die Maden des Heerwurmes sind Larven der zur Familie der Pilzmücken gehörigen Heerwurmsmücken. Sie haben den Trieb zum Zusammenhängen und Wandern. Eine Kolonne führt zur andern, und so entstehen die langen Risse der an und übereinander kriechenden Maden. Am Sommer 1913 glückte es einem Naturforscher, das immerhin seltene Vorkommen eines Heerwurmes der Finsternis nach Berlin zu beobachten. Er nahm, so viel er tragen konnte, Maden mit nach Hause und beschäftigte die alte Großmutter, daß sie sich sehr kalt anfühlen und tatsächlich nach Pulver riechen. Mählich setzte er Tausende der kleinen Maden aneinander, und bald bildete sich in seinem Terrarium nach einem unbezweifelbaren Wandertrieb ein neuer Heerwurm. Der Zufall wollte es, daß ein Jahr später der Weltkrieg ausbrach und der alte Volksaberglaube wieder einmal scheinbar recht erhielt.

Durch Grobfeuer wurde ein Sammelweicher der Reichsgetreidekette vernichtet. In demselben waren an Vorräten angelagert: 70 000 Zentner Getreide, über 3000 Zentner Mehl und fast 4000 Zentner Futtermittel (Kartoffelflocken und Rübenschnitzel), die alle den Flammen zum Opfer fielen. Da der Speicher in der Hauptkammer aus Holz gebaut war, griff das Feuer mit rasender Geschwindigkeit um sich.

Volkswirtschaft.

Börsen und Banken.

Die Hoffnungen auf eine Besserung der deutschen Saluta. Von der Berliner Wirtsch.-Börse wird aus Berlin 19. März gemeldet: Die Tendenz an der Börse war anfangs vorwiegend schwächer, dann setzte sich aber eine freundlichere Stimmung durch, wovon besonders die in den westlichen Gebieten liegenden Eisen- und Kohlenindustrieunternehmen Nutzen zogen. Besonders Vorfrüher, Diitte, Rombacher und Gelsenkirch. Schiffbauaktien gewannen ihre anfänglichen Verluste wieder zurück und Vadesfahrt. Danla und Norddeutscher Lloyd erzielten sogar darüber hinaus bemerkenswerte Gewinne. Elektrizitätswerte waren gleichfalls gehoben, dagegen Nahrungsmittelwerte uneinheitlich. Rhein. Metall stellten sich wesentlich niedriger. Lombarden zeigten ihre Aufwärtsbewegung fort. Zuck. Tabak, Feins. Weinbrenn- und Orientbahn-Aktien waren höher notiert. Deutsche Rahl gewannen mehr als 2 Pros. Auf dem Anlagemarkt waren deutsche Anleihen nur schwach umgesehen, aber bedauerlich, während Kriessanleihe etwas nachgaben. Fremde Werte waren fest. Die Börse schloß recht fest auf die Hoffnungen hinsichtlich einer Besserung der deutschen Saluta. Danla stiegen weiterhin. Der Anleihenmarkt war eher schwächer.

Briefkasten.

Nach Wehen. Der Bericht über die Generalversammlung des Vorkampvereins ist schon am Donnerstag voriger Woche erschienen.

Schlichtung: Bernhard Grodus. Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: H. Grodus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil: H. E. Gieseler; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: L. S. Hans Gieseler; für die Anzeigen: Joh. Bähler; sämtlich in Wiesbaden. Druck u. Verlag der Wiesbadener Zeitungs-Anstalt G. m. b. H.

Konfirmations-Geschenke

für Knaben und Mädchen finden Sie in grösster Auswahl und in allen Preislagen in

Führer's

Lederwaren - u. Kofferhaus

Johann Ferd. Führer
Hoflieferant

Beachten Sie meine Schaufenster.



Garten- und
Feld-Geräte
Drahtgeflecht
Stacheldraht
Eisendraht

M. Frorath Nachf., Kirchgasse 24

Beleuchtungskörper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise

Flack, Luiseustrasse 44,
neben Residenztheater.

Telefon 747 frei.

Gardinen und Decken

in jeder Art und Grösse

werden gewaschen, gestärkt und gespannt

Neueste Einrichtung. Tadellose Ausführung.

Dampf-Wasch-Anstalt C. Schmidt, Röderstr. 24.

Gardinen

Gold!

werden auf Neu gewaschen,
apretiert u. gelblich. So-
nende Behandl. Uebernahme
sämtl. Wäsche. Soes. Herren-
wäsche.

Goldmünzen, in- und aus-
ländische, taucht zu hohen Preisen
A. Richter, Eisenstraße 1.

Neuwäscherei A. Kirsten,
Scharnhorststr. 7. — Tel. 4074.

Moderne Anleihen.
la. Endul. J. Kottwald, L.
Haus m. el. Trodner, Kuch-
bedürft auf u. bill. Dr. G.
mann, Jahnstr. 38.

Städtische Mittel- und Volksschulen.

Das neue Schuljahr beginnt Dienstag, den 1. April mit der Konferenz der Lehrer und Lehrerinnen um 8 Uhr, der Sammlung der Schüler und Schülerinnen in ihren Schulhäusern um 9 Uhr und der Aufnahme der sechsjährigen Kinder ab 10 Uhr.

Wiesbaden, den 15. März 1919.

Städtische Schuldeputation:
J. H. Dr. Müller.

Wiesbadener Straßenbahnen.

Am 1. April l. J. tritt der im Tarifnachtrag II, Seite 1, veröffentlichte Tarifplan für Einzelfahrten mit der Mahnung in Kraft, daß zum Mindestfahrpreis von 15 A drei Fahrten benutzt werden können.

Darmstadt, den 19. März 1919.

Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft
Die Direktion.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. März d. J. betreffend die Einziehung des städtischen Notgeldes wird zur Beilegung von Zweifeln und auf Veranlassung des Reichsbankdirektoriums Berlin nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Einlösungfrist für die Erbschaftsscheine von 50 A, 10 A und 5 A mit dem 31. März d. J. abläuft. Ein Umtausch kann nur in ganz besonders begründeten Fällen, in denen nachweisbar ein früherer Umtausch nicht möglich war, in Aussicht gestellt werden.

Wiesbaden, den 20. März 1919.

Der Magistrat.

Betrifft baumwollenes Strick- u. Stopfgarn und Leinen-Nähwirn.

Die vom Magistrat für das 2. Halbjahr 1918 abgegebenen Bezugsanträge für baumwollenes Strick- und Nähgarn sowie für Leinen-Nähwirn (Marke Nr. 2) werden hiermit in Kraft gesetzt.

Wiesbaden, den 18. März 1919.

Der Magistrat.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von Butter und Griech für Kranke in der St. Bernhard-Apotheke am Donnerstag, 20. März 1919. Deren in dem Geschäft von Joh. Ehrh. Bach, Bezugsanträge für Butter in der Lebensmittelliste gegen Vorlage der Krankenkarte zu empfangen.

Sonnenberg, den 18. März 1919.

Der Bürgermeister, Im Auftr. Wagner, Schöft.